

EPILOG

Der Schwarze Mann im Weißen Haus

5. NOVEMBER 2008

Europa jubelt. Barack Hussein Obama wurde mit beachtlichem Abstand vor seinem republikanischen Rivalen John McCain zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Alle Hoffnungen richten sich jetzt auf diesen Afro-Amerikaner, bei dem man sich immer noch fragt, wie er als exotischer Außenseiter an die Spitze der Weltmacht USA gelangen konnte. Die Ursprünge und der Lebenslauf des siegreichen Gouverneurs von Illinois verweisen auf Kenia und Kansas, auf Hawaii und Indonesien, auf die Slums von Chicago und die Elite-Universität Harvard. Widersprüchlicher könnte es nicht sein.

Wer die USA der frühen fünfziger Jahre erlebt hat, als in den Südstaaten, als in Dixieland noch eine kaum verhüllte Apartheid praktiziert wurde, dem erscheint der kometenhafte Aufstieg eines Schwarzen in das Weiße Haus von Washington wie eine gesellschaftliche Revolution oder – wenn man auf darwinistische Begriffe zurückgreift – wie eine genetische Mutation. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Schwelle überschritten. Jenseits davon wartet eine ungewisse Zukunft.

»My Name is Nobody«, der Titel dieses Wildwest-Filmes fiel dem Beobachter ein, wenn Barack Obama bei seinen Fernseh-Duellen mit John McCain der Argumentation seines Gegenspielers lauschte. Ein wenig erinnerte er an jenen Unbekannten, oft halb-indianischer Abstammung, der in den Inszenierungen Hollywoods lässig, selbstsicher, ein wenig spöttisch an der Theke des Saloons lehnt

und von dem die lärmenden Raufbolde ringsum ahnen, dass er am schnellsten zum Revolver greifen und zielsicher treffen könnte. Als »schwarzer Kennedy« wird Barack Obama gefeiert, vor allem bei den Europäern, die über gewisse Unzulänglichkeiten des »weißen Kennedy«, dieses »Ritters von Camelot« aus der Neuen Welt, gerne hinwegsehen.

Obama wird bei seinem Amtsantritt einer schicksalhaften Bewährungsprobe ausgesetzt sein, an der gemessen selbst die hoch dramatische Kuba-Krise als Episode erscheint. Es geht nicht nur um seine persönliche Fortune. Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen sich nach ihrer phänomenalen Entwicklung zur globalen Hegemonialmacht des 20. Jahrhunderts von neuen, unheimlichen und unberechenbaren Kraftzentren umgeben, die sich dem unilateralen Führungsanspruch der »Yankees« verweigern.

Der ehemalige Senator von Illinois wird sich als Afro-Amerikaner sehr einsam fühlen am Steuer seines schwankenden Schiffes. Dass seine Mutter einer kleinbürgerlichen Familie aus Kansas entstammt, die zweifelsfrei der Kategorie der »White Anglo-Saxon Protestants« angehört, dass er also kein Schwarzer im eigentlichen Sinne, sondern ein Mulatte ist, wird allzu selten erwähnt. Die Rassenfrage, die manche Optimisten bereits überwunden glauben, könnte sich sogar an der Figur dieses erfolgreichen Außenseiters neu entzünden. Noch sind nicht alle Prediger verstummt, die sich bei der Geringschätzung ihrer schwarzen Mitbürger auf die Bibel berufen. Ihnen zufolge entlud sich der Zorn Gottes gegen Ham und dessen dunkelhäutige Nachkommen, nachdem dieser Sohn Noahs seinen trunkenen und entblößten Vater verspottet hatte.

Wie solide die Institutionen Amerikas sind, erweist sich an der Tatsache, dass es in Washington keines »dix-huit Brumaire« bedurfte, um diesen sensationellen gesellschaftlichen Durchbruch zu erzwingen, sondern dass er nach strikten konstitutionellen Regeln, im Rahmen der tradierten Demokratie erfolgte. In aller Ruhe und Legalität vollzieht sich der Übergang Nordamerikas zu einer rassistischen Mischkultur, eine Entwicklung, die zusehends auch auf Europa übergreift und die Brasilien bereits vorweggenommen hat.

Ob die daraus resultierenden Spannungen sich eines Tages explosiv entladen werden, kann niemand voraussagen.

Mit der Berufung Barack Hussein Obamas zum Präsidenten der USA ist de facto auch der neue »Commander-in-Chief« der Atlantischen Allianz ernannt worden, der Protektor Europas und – wie manche spotten – der heimliche Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Wie fasziniert die Deutschen zu diesem Heilsbringer aufblicken, offenbarte sich bei der Massenkundgebung von 200 000 Berlinern, die sich vor der Siegessäule im Tiergarten versammelten. Jenseits des Rheins hat eine Meinungsumfrage ergeben, daß 93 Prozent der Franzosen für Obama gestimmt hätten, obwohl dort nur zwei von zehn Obama-Fans eine enge Ausrichtung Europas auf die USA akzeptieren. Die Europäer sollten sich vor Illusionen hüten. Sie werden es gar nicht so leicht haben mit diesem Mann aus Kenia und Hawaii, der dem schwer geprüften afrikanischen Kontinent seine besondere Aufmerksamkeit widmen wird und der sich im pazifischen Raum heimischer fühlen dürfte als im atlantischen Umfeld.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, den amerikanischen Kolumnisten John Vinocur zu zitieren, der als langjähriger Korrespondent in Paris und Bonn eine seltsame Aversion gegen Franzosen und Deutsche entwickelte. »Amerika muss zunächst mit seiner eigenen Krise fertig werden«, schreibt Vinocur; »Obama wird den Prioritäten seines Landes Rechnung tragen und sich einem internationalen Engagement erst zuwenden, wenn er mit seinem eigenen Plan für eine nationale Finanzreform auf festem Boden steht. Auch für Obama gilt die Zielsetzung, den Rang Amerikas als mächtigstes Land der Welt zu wahren.«

Der Schwarze Mann im Weißen Haus wird schon sehr bald beweisen müssen, dass er über jene Fähigkeiten eines militärischen Oberbefehlshabers verfügt, die ihm seine Kritiker nicht zutrauen. Er darf auf keinen Fall als »Appeaser« erscheinen. Mehr als einmal hat er sich während seiner Kampagne als »Hardliner« aufgeführt. Mit der Islamischen Republik Iran wäre er zu Gesprächen bereit, ist jedoch keineswegs gewillt, »to take the military option off the table«. Was Georgien und die Ukraine betrifft, so fordert er deren

beschleunigte Aufnahme in die Atlantische Allianz. In Afghanistan beklagt er das mangelnde Engagement der Europäer, zumal der Deutschen, wenn es um den Einsatz in harten, verlustreichen Kampfzonen geht. Im Irak schließlich verlangt er, dass »America alone« die dort fälligen Entscheidungen trifft.

Laut einem seiner engsten Wirtschaftsberater beabsichtigt Obama, die »fürchterliche Situation«, in die sich der amerikanische Kapitalismus verirrt hat, durch Maßnahmen zu überwinden, die die schlimmsten Exzesse des Marktes zähmen und eine striktere Regulierung verordnen. Eine ähnlich leichtfertige Zuversicht ist auch in einflussreichen deutschen Finanzkreisen zu vernehmen. Ob es damit getan ist? Die Losung »This country is built on an appetite for risk – Amerika ist aus Lust am Risiko hervorgegangen« hat sich Obama angeblich zu eigen gemacht. Dieser Kraftspruch aus der Wildwest-Erschließung klingt kühn und zukunftsweisend, erweist sich jedoch in der schnöden Gegenwart als obsolet, ja verstaubt.

In dieser Stunde nehmen wir Abschied von George W. Bush, den viele Amerikaner als den verhängnisvollsten Präsidenten ihrer Geschichte verwünschen. Es lohnt sich, den Dokumentarfilm »Being W.« anzusehen, den zwei französische Regisseure der Amtszeit von »Dabbelju« gewidmet haben. Im Gegensatz zu dem polemischen Klamauk, den der Amerikaner Michael Moore gegen seinen Staatshauptmann veranstaltet hat, findet in »Being W.« eine ironische, gelegentlich bissige, aber insgesamt recht ausgewogene Darstellung des sendungsbewussten Farmers von Crawford statt. Es liegt weniger an der recht mediokren Figur dieses gescheiterten Herostraten als an den ungeheuerlichen globalen Auswirkungen einer jeden Fehlentscheidung, die er traf, dass dieses Filmporträt gelegentlich Shakespeare'sche Züge aufweist und beim Zuschauer statt Wut und Enttäuschung eine gewisse Perplexität hinterlässt. Der gestrandete Streiter gegen das »Böse«, der die Welt und sein Land in so vielfältiges Unheil verstrickt hat, verfügte ja bei aller Arroganz über durchaus gewinnende Züge, über deftigen Humor und eine entwaffnende Naivität. Zumindest die Ehrlichkeit seiner manichäischen Über-

zeugungen kann man diesem tragikomischen Helden nicht absprechen. Er wird als Überzeugungstäter in die Geschichte eingehen.

*

Die Erbschaft, die George W. Bush seinem Nachfolger hinterlässt, könnte schlimmer nicht sein. Noch ist der Rang der Vereinigten Staaten von Amerika als stärkste Weltmacht nicht ernsthaft in Frage gestellt. Dieser Bundesstaat von kontinentalen Ausmaßen verfügt über ein wirtschaftliches und militärisches Potenzial, dem seine Gegner oder Partner bislang nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben. Zudem schlummert in dieser Nation das quasi-religiöse Bewusstsein ihrer einzigartigen Berufung.

Jenseits aller Rückschläge, Krisen, ja Desaster, die über die USA in der zweiten Amtszeit des scheidenden Präsidenten hereingebrochen sind, ist jederzeit mit dem kollektiven Aufbäumen dieses Kolosses von 300 Millionen Menschen zu rechnen. Man unterschätze nicht die Fähigkeit der scheinbar gezähmten Nachfahren hartgesottener Pioniere, ihren Führungsanspruch notfalls auch mit der gebotenen Brutalität zu behaupten. Dennoch setzt sich im Innern wie im Äußeren die Wahrnehmung durch, dass der Höhepunkt überschritten ist, dass die USA den exemplarischen Charakter, an dem sich die übrige Welt ein halbes Jahrhundert lang nolens volens orientierte, weitgehend eingebüßt haben.

Welchen geeigneteren Zeitzeugen können wir in dieser Stunde der Verwirrung und der Ängste aufrufen als den Politologen Francis Fukuyama? Dieser amerikanische Wissenschaftler japanischer Abstammung hatte seinerzeit das »Ende der Geschichte« angekündigt und den Extravaganzen der Neokonservativen zusätzliche Argumente für ihre Hybris geliefert. Laut Fukuyama hatte Amerika die Zauberformel gefunden – die Kombination von repräsentativer Demokratie und schrankenloser Marktwirtschaft –, die sich global durchsetzen, dem gesamten Erdball das Vorbild liefern würde. Auf der Basis der Menschenrechte und eines ständig wachsenden Wohlstandes sollte eine »pax americana« anbrechen, die durch unver-

gleichliche militärische Überlegenheit gegen jeden ideologischen Widerspruch, jede Form von rebellischem Aufbegehren abgeschirmt wäre.

Francis Fukuyama ist ein ehrlicher Mann. Heute gesteht er unumwunden seine Fehleinschätzung ein, die in der euphorischen Stimmung der Ära Reagan-Thatcher – der »Revolution« Reagan-Thatcher, wie er schreibt – entstanden ist. Der schrankenlose Kapitalismus der »Reagonomics« hatte die Basis für ein sensationelles wirtschaftliches Wachstum geschaffen, das mehr als zwei Dekaden andauerte, am Ende allen zugute kam und von der Erfindung völlig neuer Sektoren der Informatik und der Bio-Technologie beflügelt wurde.

Heute findet Fukuyama ganz andere Töne: »Wir müssen uns aus der Zwangsjacke befreien, die uns die Ära Reagan in Form von Steuererleichterungen und Verzicht auf Wirtschaftsregulierung hinterlassen hat.« Der Prophet von »The End of History« nimmt Abschied von der Utopie, dass der Markt sich von selbst regelt, und schreckt vor der Feststellung nicht zurück: »Das amerikanische Markenzeichen ist harten Prüfungen ausgesetzt zu einem Zeitpunkt, da andere Modelle – russisch oder chinesisch – an Attraktivität gewinnen.«

In Wirklichkeit lässt sich in Amerika das Scheitern, zumindest die flagrante Unzulänglichkeit des Kapitalismus beobachten. Im Rückblick erscheint die Vernichtung der beiden Kolossaltürme des World Trade Center in Manhattan durch eine Handvoll von Fanatikern wie ein Menetekel. Das ursprüngliche, vom Calvinismus inspirierte Gebot der persönlichen Bereicherung, die als Zeichen göttlicher Erwähltheit, der »predestination«, gedeutet wurde, setzte eine strenge, puritanische Grundhaltung voraus. Die Kreativität dieser Wirtschaftsform, die von Max Weber analysiert wurde, ist spätestens im vergangenen Jahrzehnt durch das frivole Spekulationsfieber der Börsen-Jobber und jener betrügerischen Zocker ersetzt worden, die sich als »Masters of the Universe« aufspielten und die düstere Lehre des Genfer Reformers durch prahlerischen Hedonismus ersetzten.

Der Kommentator Roger Cohen drückt das sehr drastisch aus: »The two M's – Money and Me – became the loadstone of the Zeitgeist and damn these distant wars« – »Die beiden M – Geld und Ich – wurden zum Magnetpol des Zeitgeistes – und zum Teufel mit diesen weit entfernten Kriegen!« Der Verlust der Gründertugenden, die Amerika groß gemacht haben, ist wohl das verhängnisvollste Kennzeichen des Turbo-Kapitalismus. Die auf soziale Absicherung ausgerichtete Marktwirtschaft der frühen Bundesrepublik, der in Frankreich bewunderte »capitalisme rhéna«¹, wurde hingegen auch von der jungen deutschen Generation der Spekulanten als verstaubtes Gerümpel einer Spießergesellschaft abgetan. Allzu viele emittente deutsche Ökonomen stimmten in diesen Chor ein, priesen in höchsten Tönen die staatsverneinende Form des angelsächsischen Finanzgebarens. Ein deutscher Topmanager brachte es auf den Punkt: »Ich bin Amerikaner mit deutschem Pass«, während ein anderer Erneuerer exakt zum Zeitpunkt des Crash der Wall Street mit dem Buchtitel aufwartet: »Mehr Kapitalismus wagen!«

Fassunglos mussten die deutschen Finanzexperten, die schon seit dem Wahn der »New Economy« von einer Fehlbeurteilung zur anderen getaumelt waren, feststellen, dass ausgerechnet der britische Premierminister Gordon Brown, der als Finanzminister für eine möglichst weitgehende »deregulation« plädiert hatte, resolut den Primat des Staates über die Wirtschaft wiederherstellte, die von Insolvenz bedrohten mächtigen Bankhäuser kurzerhand nationalisierte und Kontrollmaßnahmen verfügte, die renommierte »Liberales« noch vor kurzem als Akt abscheulicher Kommandowirtschaft marxistischer Prägung verurteilt hätten. Das wirkliche Scheitern des Systems offenbarte sich in der arroganten Hochburg des Weltkapitalismus, wo sich unter George W. Bush ein horrendes Haushaltsdefizit aufgetan hatte und eine an Kriminalität grenzende Manipulation fauler Kredite die radikale Umkehr zu staatlichem Dirigismus erzwang. Das Land, in dem der Verteidigungsminister Charles Wilson einst verkünden konnte: »What is good for General Motors is good for the United States«, sieht sich heute mit dem Bankrott dieses Automobil-Giganten von Detroit konfrontiert.

Noch ist es zu früh, über das Ausmaß der Rezession in der Realwirtschaft zu spekulieren, die sich aus dem Zusammenbruch der Hypothekenbanken und der Finanzbastion vor allem in den USA beinahe zwangsläufig ergeben wird. Wenn die Banknoten eines Staates mit dem Spruch versehen sind: »In God we trust«, dann nimmt der Währungsverfall eine beinahe theologische Dimension an. Auf jeden Fall findet ein irreparabler Prestigeverlust statt. Es wird immer schwieriger, weiterhin vom »American dream« zu sprechen. Fukuyama malt bereits ein Schreckensszenario an die Wand: »Ein mächtiger populistischer Zorn kündigt sich in den USA an in dem Maße, wie das Debakel von Wall Street auf ›Main Street‹, das heißt auf die amerikanische Provinz, übergreift.« Wer dünkt da nicht an das anklagende Epos John Steinbecks ›The Grapes of Wrath‹, das dem Elend von 1929 gewidmet war. In jener düstersten Prüfung des »American way of life« verlor der Begriff »Sozialismus« seinen Tabu-Charakter und fand Anklang bei einer Vielzahl ratloser Intellektueller.

Franklin D. Roosevelt hatte der »Depression« mit seinem New Deal, mit »deficit spending«, mit staatlichen Konjunkturprogrammen gegengesteuert, nachdem sein Vorgänger Herbert C. Hoover noch bis zuletzt beteuert hatte: »Business as usual, prosperity is around the corner«. Roosevelt gelang es zu Beginn der dreißiger Jahre, die Katastrophe einzudämmen. Sehr dauerhaft war diese Sanierung nicht, und der Rückfall in die Stagnation wurde nur durch das zunehmende Eingreifen der USA in die kriegerischen Wirren Europas, durch die dezidierte Unterstützung Großbritanniens gegen »Nazi-Germany« und die damit verbundene Ankurbelung einer gigantischen Rüstungsindustrie überwunden. Seitdem gilt in Washington offenbar der alte griechische Spruch, wonach der »Krieg der Vater aller Dinge« sei. Die überlegene Spitzenposition, die die USA auf dem Gebiet der High Technology behaupten – während in den übrigen Produktionssektoren eher Stillstand und Rückgang zu verzeichnen sind –, wird durch die massiven staatlichen Subventionen bewirkt, die dem militärisch-industriellen Komplex bei seinen Forschungen zugute kommen.